

# Der Bote

Informationsblatt für die Bürger der Schwarzwaldkreise Calw und Freudenstadt

Jahrgang 1

Juni 2025

Ausgabe 3

## Die kommenden Titanen



### Windenergie im Nordschwarzwald: Ein kritischer Blick auf die Schattenseiten

*Robert Tilker*

Der Nordschwarzwald, bekannt für seine dichten Wälder, hügelige Landschaft und ökologische Sensibilität, ist ein zentraler Standort für den geplanten Ausbau erneuerbarer Energien. Der Kreis Calw, Teil dieser Region, beherbergt bereits Windparks wie den Windpark Langenbrander Höhe, der im Juni 2024 eröffnet wurde oder Simmersfeld-Fünfbronn. Doch die Pläne des Regionalverbands Nordschwarzwald, Vorranggebiete für Windenergie zu definieren, stoßen auf erheblichen Widerstand. Die öffentliche Beteiligung, die im Juli 2025 erwartet wird, wird entscheidend sein, um die Spannungen zwischen Klimazielen und

lokalen Interessen zu klären. Die Energiewende gilt vermeintlich als unvermeidbarer Schritt in Richtung Klimaneutralität, doch der Ausbau der Windenergie im Nordschwarzwald, stößt auf massive Hindernisse und berechtigte Kritik. Während Befürworter wie die Grünen die Windkraft als Schlüssel zur Energiezukunft preisen, häufen sich die Argumente dagegen: logistische Alpträume, Umweltzerstörung, gesundheitliche Risiken, Bürgerproteste, bürokratische Hürden, Standortunsicherheiten und politische Zerwürfnisse. Dieser Artikel legt den Fokus auf die Schattenseiten eines Projekts,

das mehr Fragen aufwirft als Antworten liefert.

### Logistische Alpträume: Der Schwarzwald als Hinder- nisparcours

Der Transport riesiger Windkraftkomponenten durch den Nordschwarzwald ist ein logistisches Fiasko. Zwei Beispiele aus dem Kreis Calw: Für den Windpark Langenbrander Höhe mussten 74 Meter lange und 21 Tonnen schwere Rotorblätter durch die engen, kurvenreichen Straßen des Schwarzwaldes manövriert werden – ein Unterfangen, das Präzision erforderte und vier Stunden pro Blatt in Anspruch nahm. Im malerischen Bad Wildbad, tobt eine heftige Debatte um den Transport von Windkraftkomponenten für den Windpark Kälbling.

#### WINDENERGIE VS: KERNKRAFT

Über Leistungsvergleich und Flächenbedarf

Seite 4

#### KRANKENHAUSFUSION KREIS CALW

Bedeutende Veränderungen im Gesundheitswesen

Seite 5

#### HERMANN HESSE BAHN

Kürzungen im ÖPNV treffen vornehmlich Familien

Seite 6

Ein Bericht des Schwarzwälder Boten vom April 2025 beschreibt, wie die Schwertransporte für den Windpark Kälbling, betrieben von der EnBW, in Calmbach und Höfen Straßensperrungen und Verzögerungen verursachen, die Anwohner und Pendler gleichermaßen frustrieren. Die Notwendigkeit, diese Transporte bei windstillen Bedingungen durchzuführen, erschwert die Planung zusätzlich und führt zu unvorhersehbaren Störungen im Alltag der Region. Die Transporte sind nicht nur logistisch problematisch, sondern auch ökologisch umstritten. Die schweren Fahrzeuge beschädigen Straßenoberflächen und erhöhen Lärm- und Abgasbelastungen in einer Region, die für ihre unberührte Natur und touristische Attraktivität bekannt ist. Bürgerinitiativen wie „Schwarzwald Gegenwind“ kritisieren, dass der Bau des Windparks auf dem Kälbling, einem forstwirtschaftlich genutzten Waldgebiet, die Landschaft dauerhaft verändert und die Biodiversität gefährdet, insbesondere für Arten wie den Wespenbussard, dessen Vorkommen auf dem Kälbling dokumentiert wurde. Die Rodung von 2,2 Hektar Wald für die zwei Windkraftanlagen wird als unverhältnismäßiger Eingriff in das sensible Ökosystem des Schwarzwaldes angesehen.

### Gesundheitsrisiken und Bürgerproteste

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Sorge um gesundheitliche Auswirkungen durch die Windkraftanlagen selbst. In der Gemeinderatssitzung im April 2024 wurden Infraschall und Mikroplastik als potenzielle Gefahren thematisiert, die das Wohlbefinden der Anwohner beeinträchtigen könnten. Windkraftgegner in Bad Wildbad äußern „Sorgen um Heimat, Landschaftsbild und Natur“ und sehen in den Anlagen eine Bedrohung für die Lebensqualität. Diese Bedenken haben zu massiven Protesten geführt, mit

zahlreichen Wortmeldungen in Gemeinderatssitzungen und Bürgerdialogen, wie im November 2016 im Kurhaus, wo fast 100 Interessierte ihre Fragen und Kritik anbrachten.

### Mangelnde Transparenz und Bürgerbeteiligung

Ein wiederkehrendes Thema ist der mangelnde Informationsfluss. Bürgermeister Marco Gauger äußerte im April 2024 deutliche Kritik: „Wir fühlen uns trotz allem überfahren. Man hat nicht das Gefühl, mitgenommen zu werden“. Die Bürger und Stadträte bemängeln, dass sie zu wenig Einfluss auf die Planungen des Regionalverbands Nordschwarzwald haben. Die Öffentlichkeitsbeteiligung, etwa die Veranstaltung im Februar 2024 im Kurhaus, wurde zwar als Chance zur Mitbestimmung beworben, doch viele empfinden sie als unzureichend, da die Bearbeitung von Einwänden den Prozess verzögert und die Ergebnisse unklar bleiben.

### Wirtschaftliche und touristische Bedenken

Bad Wildbad, bekannt als Kurstadt mit Thermalbädern und touristischen Attraktionen wie dem Baumwipfelpfad, fürchtet negative Auswirkungen auf den Tourismus. Schon 2017 kritisierte der Schömberger Gemeinderat die Pläne für den Kälbling, da sie die Entwicklung des Siedlungsgebiets Charlottenhöhe und touristische Attraktionen beeinträchtigen könnten. Die Forderung nach einheitlichen Ausschlusskriterien, wie einem Mindestabstand von fünf Kilometern zu touristischen Zielen, wurde laut, doch nicht vollständig umgesetzt. Die Sorge ist, dass die visuellen und akustischen Beeinträchtigungen durch die 247 Meter hohen Anlagen Besucher abschrecken könnten.

### Umweltzerstörung: Der Preis für „grüne“ Energie

Der Nordschwarzwald, ein ökologisches Juwel und Touristenmagnet, droht durch Windkraftanlagen dauerhaft entstellt zu werden. Die malerische Landschaft, die jährlich Tausende Besucher anzieht, wird durch turmhohe Anlagen zerschnitten – ein ästhetischer und wirtschaftlicher Verlust, den die Region kaum verkraften kann. Hinzu kommen gravierende ökologische Folgen: Vögel und Fledermäuse, die in den Rotorblättern eine tödliche Gefahr finden, sind besonders betroffen. Selbst bei Projekten wie dem Windpark Bad Wildbad, wo Umweltgutachten vorliegen, bleiben Zweifel, ob die vollen Auswirkungen auf Flora und Fauna wirklich erfasst werden. Der Eingriff in den sensiblen Schwarzwald steht in krasssem Widerspruch zum Ziel, die Natur zu schützen.

### Gesundheitsrisiken: Lärm als unsichtbare Bedrohung

Die Sorge um gesundheitliche Auswirkungen von Windkraftanlagen ist im Kreis Calw allgegenwärtig. Lärm und Infraschall, die von den rotierenden Turbinen ausgehen, werden von Anwohnern als Bedrohung für Wohlbefinden und Gesundheit wahrgenommen. Zwar zeigen Schallgutachten – etwa beim Windpark Bad Wildbad – die Einhaltung gesetzlicher Grenzwerte, doch viele Bürger fühlen sich nicht ernst genommen. Initiativen wie „Schwarzwald Gegenwind“ warnen vor der „Industrialisierung ländlicher Räume“ und verweisen auf Studien, die Schlafstörungen und Stress durch Infraschall nahelegen. Die Wissenschaft mag uneinig sein, doch die Ängste der Menschen sind real.

## Bürgerproteste: Der Aufstand gegen die Windkraft

Die Ablehnung der Windenergie im Nordschwarzwald ist laut und deutlich. Der Regionalverband Nordschwarzwald wurde mit 15.000 Stellungnahmen von Bürgern und Initiativen überhäuft – ein klares Zeichen für den Widerstand. Im benachbarten Neckar-Alb organisieren sich Proteste, und auch im Kreis Calw formiert sich der Unmut. Ein Leserbrief aus der Region fasst die Kritik zusammen: Lärm, Gesundheitsgefährdung und Umweltschäden überwiegen die Vorteile. Bürgerinitiativen sammeln Unterschriften, während lokale Abstimmungen – etwa in Ostelsheim – die tiefe Spaltung der Gemeinden offenbaren. Die Windkraft polarisiert und droht, das soziale Gefüge zu zerreißen.

## Bürokratische Hürden: Planung als Endlosschleife

Der Genehmigungsprozess für Windparks im Kreis Calw ist ein bürokratischer Albtraum. Der Windpark Bad Wildbad etwa benötigt über zwei Jahre und die Abstimmung mit 23 Fachbehörden, um genehmigt zu werden. Jede Anlage erfordert Gutachten zu Umwelt, Schall und Standort – ein Aufwand, der Projekte verzögert und Kosten in die Höhe treibt. Diese Komplexität zeigt: Windenergie im Nordschwarzwald ist nicht nur technisch, sondern auch administrativ eine Herausforderung, die oft an der Realität scheitert.

## Standortunsicherheit: Ein Glücksspiel mit der Landschaft

Die Standorte für Windkraftanlagen im Kreis Calw sind ein weiterer Kritikpunkt. Zwar hat der Regionalverband Vorranggebiete definiert, doch die

exakte Lage bleibt oft unklar. Acht Projekte stehen derzeit in der Schwebe, ohne dass Anwohner wissen, wo die Anlagen letztlich gebaut werden. Diese Unsicherheit schürt Konflikte und Misstrauen. Wird bis 2025 kein klarer Plan beschlossen, drohen Energieunternehmen freie Hand bei der Standortwahl zu erhalten – ein Szenario, das den Schwarzwald einem unkontrollierten Bauboom aussetzen könnte.

## Politischer Streit: Ein Thema, das spaltet

Die Windenergie ist im Nordschwarzwald auch ein politisches Minenfeld. Während die Grünen im Kreis Calw die Projekte als Chance für „Klimaneutralität“ feiern, formiert sich Widerstand – etwa von der AfD, die im Regionalverband vergeblich einen Planungsstopp forderte. Diese politische Zerrissenheit spiegelt sich in der Bevölkerung wider und erschwert eine einheitliche Strategie. Der

Streit verzögert Entscheidungen und lässt die Frage offen, ob die Windkraft hier überhaupt durchsetzbar ist.

## Ein fragwürdiges Unterfangen

Die Windenergie im Nordschwarzwald, insbesondere im Kreis Calw, steht vor einem Berg an Problemen: von logistischen und ökologischen Katastrophen über gesundheitliche Risiken bis hin zu massivem Bürgerwiderstand und politischem Chaos. Die Idee, in einer Region mit dichtem Wald, empfindlicher Natur und einer skeptischen Bevölkerung großflächig Windkraft auszubauen, erscheint mehr als fragwürdig. Statt eines Fortschritts droht ein Rückschritt – für die Umwelt, die Menschen und den gesellschaftlichen Frieden. Es bedarf mehr als guter Absichten, um diese Herausforderungen zu

meistern; bis dahin bleibt die Windenergie im Nordschwarzwald ein Projekt auf tönernen Füßen.



## Windenergieanlage und Kernkraftwerk im Leistungsvergleich

Robert Tilker

Um die Anzahl der Vestas V162 Windräder mit einer Leistung von 5,6 Megawatt (MW) zu berechnen, die benötigt werden, um ein durchschnittliches deutsches Kernkraftwerk zu ersetzen, müssen wir einige Annahmen und Berechnungen anstellen. Dabei berücksichtigen wir die typische Leistung eines Kernkraftwerks, die Kapazitätsfaktoren (Auslastung) beider Technologien und die Stromproduktion. Ein typisches deutsches Kernkraftwerk hat eine installierte Leistung von etwa 1.300 MW (z. B. basierend auf Anlagen wie Isar 2 oder Neckarwestheim 2, die zwischen 1.200 und 1.400 MW liegen). Kernkraftwerke arbeiten mit einer hohen Verfügbarkeit und einem Kapazitätsfaktor von etwa 85–90 %, da sie nahezu kontinuierlich Strom erzeugen, außer während Wartungszeiten. Wir nehmen einen Kapazitätsfaktor von 90 % an, was realistisch ist.

Die jährliche Stromproduktion eines Kernkraftwerks mit 1.300 MW kann wie folgt berechnet werden:

$$1.300 \text{ MW} \times 8.760 \text{ Stunden/Jahr} \times 0,9 \text{ (Kapazitätsfaktor)} = 10.231.800 \text{ MWh/Jahr (Megawattstunden pro Jahr).}$$

### Leistung der Vestas V162 Windkraftanlage

Die Vestas V162-5.6 MW hat eine Nennleistung von 5,6 MW. Der Kapazitätsfaktor von Onshore-Windkraftanlagen in Deutschland liegt typischerweise zwischen 25 % und 35 %, abhängig von Standort und Windbedingungen. Für einen konservativen Ansatz und unter Berücksichtigung windstarker Bedingungen im Nordschwarzwald (gemäß Windatlas 2019) nehmen wir einen Kapazitätsfaktor von 30 % an.

Die jährliche Stromproduktion einer Vestas V162-5.6 MW ist:

$$5,6 \text{ MW} \times 8.760 \text{ Stunden/Jahr} \times 0,3 = 1.472,04 \text{ MWh/Jahr pro Windrad.}$$

### Anzahl der benötigten Windräder

Um die Stromproduktion des Kernkraftwerks (10.231.800 MWh/Jahr) zu ersetzen, teilen wir die jährliche Stromproduktion des Kernkraftwerks durch die Produktion eines Windrads:

$$10.231.800 \text{ MWh} \div 1.472,04 \text{ MWh/Windrad} \approx 6.951 \text{ Windräder.}$$

### Berücksichtigung von Schwankungen

Da Windkraft wetterabhängig ist und Kernkraftwerke eine stabile Grundlast liefern, ist die direkte Ersetzung komplexer. Windräder liefern keinen konstanten Strom, was Speicherlösungen oder Ergänzungen durch andere Energiequellen erfordert. Um die Grundlast eines Kernkraftwerks vollständig zu ersetzen, müsste also zusätzlich in Speichertechnologien oder Backup-Systeme investiert werden, was die Kosten und den Platzbedarf erhöht.

### Vergleich und Kontext

Flächenbedarf: Eine Vestas V162 hat einen Rotordurchmesser von 162 Metern, und die Anlagen benötigen Abstände von etwa 3–5 Rotordurchmessern (ca. 500–800 m), um Effizienzverluste durch Windschatten zu vermeiden. Für 6.951 Windräder wäre ein erheblicher Flächenbedarf nötig, was im dicht besiedelten oder ökologisch sensiblen Nordschwarzwald problematisch ist.

Realistische Einschätzung: In der Praxis würde ein Mix aus Wind-,

Solar- und anderen erneuerbaren Energien sowie Speicherlösungen verwendet, um ein Kernkraftwerk zu ersetzen, da allein Windkraft die Grundlast nicht vollständig abdecken kann.

### Fazit

Um die Stromproduktion eines durchschnittlichen deutschen Kernkraftwerks (1.300 MW, 90 % Kapazitätsfaktor) durch Vestas V162-5.6 MW Windräder (30 % Kapazitätsfaktor) zu ersetzen, wären etwa 6.951 Windräder erforderlich. Dies ist jedoch eine theoretische Berechnung, da die Schwankungen der Windenergie und der Bedarf an Speicherlösungen zusätzliche Herausforderungen darstellen. Im Kontext des Nordschwarzwalds, insbesondere im Kreis Calw, wo Platz und ökologische Bedenken eine große Rolle spielen, ist ein solcher Umfang kaum realisierbar.

### Quellen:

(1): <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressedossiers/pressedossier-recycling-von-windkraftanlagen>

(2): <https://www.enbw.com/unternehmen/themen/windkraft/windpark-bad-wildbad/>

(3): <https://mensch-natur-bw.de/index.php/energie-und-politik/windatlas>

## Stellungnahme der AfD-Fraktion zum Teilregionalplan „Windenergie“ Sitzung des Planungsausschusses am 28.05.2025 in Loßburg

Günther Schöttle

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Wir, die Mitglieder des Planungsausschusses des Regionalverbandes Nordschwarzwald sollen heute - die vorliegenden Planentwürfe „Teilregionalplan Windenergie“ beschließen - die 2. Fassung der Durchführung der Träger- und Öffentlichkeitsbeteiligung beschließen

- Die angemessene Verkürzung der Frist zur Stellungnahme nach § 9 Abs. 3 Raumordnungsgesetz beschließen Wir als AfD-Fraktion können und werden diesem Beschlussvorschlag nicht zustimmen und wir werden auch alle rechtlichen Möglichkeiten prüfen lassen, ob diese Entscheidung überhaupt in dieser Form und in dieser kurzen Zeit zulässig ist. Wir sind überzeugt, dass dieser Beschluss unseren Kindern und Enkeln zukünftig großes Leid zufügen wird.

Zu 1, zum vorliegenden Planentwurf selbst

In Baden-Württemberg sollen bis Ende 2027 – also in 2 Jahren! – 1,1% der Landesfläche und bis 2032, also in 7 Jahren, 1,8% der Landesfläche als Vorranggebiete für riesige Windindustrieanlagen ausgewiesen werden.

In Baden-Württemberg soll aber – ohne jegliche Begründung – alles schneller gehen. Bis 30.09.2025 – also in nur 4 Monaten – soll ein Teilflächenziel von mindestens 1,8% der Regionsfläche per Satzung festgestellt werden.

Der Regionalverband soll also heute über 2,9% (in 4 Monaten) beschließen, statt über 1,1% in 30 Monaten (so lange dauert es bis 12/2027) oder über die vollen 1,8% bis Ende 2032 – dafür wäre also noch 90 Monate Zeit

Wir aber sollen in nur 4 Monaten das fast 3-fache der gesetzlich geforderten Mindestziele beschließen!

- Warum frage ich Sie, wollen Sie diese Umweltzerstörung entgegen

der geltenden Gesetzeslage durchpeitschen?

- Warum wollen sie die Bürger unseeres Landes so übervorteilen?

- Warum wollen Sie unsere geliebte, wertvolle Heimat so schnell und nachhaltig wie möglich zerstören – wo wir doch genügend Zeit hätten, um alles in Ruhe und Sorgfalt zu bearbeiten!

Sie werden uns die Antwort nicht geben – deshalb geben wir Sie Ihnen:

Dieser hier vorgelegte Plan ist kein Plan: Er ist eine grün gefärbte Handlungsanweisung, ein erfolgreiches Industrieland auf kürzestem Wege zu ruinieren.

Kein hochentwickeltes Industrieland der Erde kann gegen internationale Konkurrenz überleben, welche signifikant niedrigere Energiepreise hat.

Wenn ein Land viel mehr für Energie ausgeben muss, als ihre Wettbewerber, fehlt dieses Geld für Straßen, Brücken, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Eigenheime, Konsumgüter – das ist keine parteipolitische Frage – das ist blanke Logik.

Bisher hat die Energiewende 695 Milliarden EURO gekostet, bis 20245 wird mit 10 Billionen EURO gerechnet – das Westfälische Energieinstitut prognostiziert zwischen 16 und 32 Billionen EURO – das sind 16.000 Milliarden EURO! Schon mit 695 Milliarden EURO hätte eine funktionierende, umweltfreundliche Energieversorgung aufgebaut werden können. Dabei haben Teile der neuen Regierung tatsächlich erkannt, wo das Problem liegt!

Ich zitiere Ihren Herrn Torsten Frei, MdB (CDU) aus einem persönlichen Antwortschreiben:

*„Dass die Energiewende und dabei insbesondere die grüne Subventionspolitik extrem teuer sind und Wohlstand kosten, liegt auf der Hand.“*

Für diesen absehbaren Wohlstandsverlust tragen wir, genauer gesagt - SIE – mit Ihrem heutigen JA eine große Mitverantwortung. Sie werden sich dafür zu verantworten haben.

Wir Regionalräte sollen heute eine angemessene „Verkürzung der Frist zur Stellungnahme/Anhörung nach Raumordnungsgesetz, § 9 Abs. 3 beschließen – ohne genau zu sagen, was wir beschließen sollen. Dies soll helfen, die Landesgesetzevorgaben (grob) einhalten zu können.“

Mit Verlaub: Das ist so ziemlich die schlechteste Begründung, die denkbar ist.

Die Umsetzung der nach Meinung namhafter Fachleute bereits gescheiterten Energiewende ist keine Frage von wenigen Wochen oder Monaten – nicht umsonst hat der Bundesgesetzgeber Zeit bis 2032 gewährt.

Was also soll der Unsinn – was soll der Zeitdruck?

Wir sind keine kleinen Kinder, die – wenn sie nicht brav sind, bestraft werden müssen?

Es geht hier um die Grundrechte, die Gesundheit und das Vermögen von unzähligen betroffenen Bürgern und nicht um Gehorsam gegenüber einer politischen Partei.

Ein Thema, das Millionen Bürger betrifft im Schweinsgalopp durchzupeitschen, muss zu Unfrieden führen.

Uns liegen seit dem 19.05.2025 rd. 2.000 Seiten mit Einwänden von Bürgern und Organisationen vor. Seit 20.05.2025 könnte ein Regionalrat theoretisch an diesen 2.000 Seiten arbeiten, also sich sorgfältig einlesen, das sind bis gestern 6 Arbeitstage.

Ich bin noch voll in beruflicher Verantwortung, war gestern im

Technischen Ausschuss in Nagold, habe jeden Tag berufliche Termine.

Für eine Seite braucht ein schneller Leser rd. 5 Minuten, also reden wir über rd. 10.000 Minuten, ohne Notizen, ohne Kartenstudium, das entspricht einem Zeitbedarf 166,6 Stunden.

Bei 2 Stunden täglich bedeutet das 83 Tage Bearbeitungszeit – sie gewähren uns gerade mal 6 TAGE!

Wir nehmen unsere Aufgabe als Ratsmitglieder ernst.

Wir wurden von den Bürgern (indirekt) in dieses Gremium entsandt, damit wir unsere Pflicht erfüllen!

Das, was Sie hier vorhaben lässt eine seriöse Pflichterfüllung nicht zu und ist deshalb abzulehnen!

Die Welt hat sich verändert

Die vorhergehende Regierung hat die Gesetze, über deren flächentechnische Umsetzung wir heute zu entscheiden haben, mit der Zielsetzung verabschiedet, den Ausbau von PV-Anlagen und Windindustrieanlagen massiv zu beschleunigen. Es handelt sich also um eine politische Entscheidung. Das kann man gut oder schlecht finden.

Nur eines persönlich vorab:

Mir wird ja gerne unterstellt, ich sei ein prinzipieller Gegner der Windenergie – das stimmt nicht!

Bereits im Jahr 1984 bin ich eigens in den Kaiser-Wilhelm-Koog bei Brunsbüttel gefahren, um das damals größte Windrad „Grovia“ anzuschauen. Ich war fasziniert.

Ein Propeller am Flugzeug und die Rotoren eines Windrades sind physikalisch dasselbe – nur eben unterschiedlich groß.

Ein im Durchschnitt 18m großer (entspricht 2,55m<sup>2</sup>) Propeller an einem Flugzeug überträgt rd. 180kw, also 180.000W (also rd. 71.000 W/m<sup>2</sup>).

Ein Windrad mit 2,55m<sup>2</sup> Fläche kann in der Praxis aber nur ca. 75-510W übertragen.

Die Energiedichte jedes Windrades ist also sehr gering – deshalb müssen die Anlagen riesengroß gebaut werden, mit der Folge unfassbarer Materialmengen (Beton, Stahl,

Kupfer, Alu usw.) und natürlich der riesige Flächenverbrauch.

Wir reden hier in unserem Regionalgebiet Nordschwarzwald von einer Fläche von rd. 9.500 Fußballfeldern, über die jetzt entschieden werden sollen.

Und: Im Binnenland drehen sich die Windräder nur zu ca. 20% der 8760 Jahresstunden, die PV-Anlagen liefern Strom von 10 bis 12% in dieser Zeit. Deshalb glaubten die Chefstrategen der Energiewende lange Zeit, man müsse nur genug Windräder oder massenhaft PV-Anlagen bauen, dann würde das schon irgendwie funktionieren.

Der landesweite Blackout in Spanien und teilen Portugals vor einem Monat hat bewiesen, dass es eben nicht funktioniert!

Deshalb setzen auch Länder, die die Atomkraftnutzung beendet hatten, wieder auf Gaskraftwerke und neu Kernkraftwerke.

Holland, Schweden, Belgien, England, Japan, Argentinien, Russland sowieso, China, Indien, Amerika – alle setzen auf neue sichere Formen der Energieerzeugung – nur Deutschland, Baden-Württemberg – wir setzen auf flächendeckende Landschaftszerstörung – die wir heute völlig überstürzt beschließen sollen.

Deshalb appellieren wir an Sie ALLE: Stimmen Sie im Interesse der Bürger und unserer Natur, unserer Heimat, unseres Wohlstandes, unserer Kinder und Enkel diesem politischen Irrsinn nicht zu!

Günther Schöttle

Fraktionsvorsitzender Regionalverband Nordschwarzwald



Kreisverband Calw-Freudenstadt

## Die Krankenhausfusion: Fluch oder Segen?

Timm Kettner

Der Landkreis Calw steht vor einer der bedeutendsten Veränderungen im Gesundheitswesen: Der geplanten Fusion seiner drei Krankenhäuser (Kreiskrankenhaus Calw, Klinikum Nagold und Hirsauer Klinik). Hinter diesem Schritt stehen akute finanzielle Herausforderungen und der Wunsch, die medizinische Versorgung langfristig zu sichern. Dieser Artikel soll die Gründe für die Fusion beleuchten und ihre Bedeutung für die Region – mit konkreten Zahlen und Analysen näher erläutern.

An erster Stelle steht die finanzielle Notlage samt Ursachen und Auswirkungen.

Die Krankenhäuser im Landkreis Calw verzeichneten in den letzten Jahren circa Verluste von über 10 Millionen Euro (Stand: 2023). Die detaillierte Bilanz stellt sich folgend dar: Kreiskrankenhaus Calw: Defizit von 5 Mio. Euro (2022), Schuldenstand von 15 Mio. Euro. Klinikum Nagold: Verlust von 3,8 Mio. Euro (2022), Investitionsrückstand von 8 Mio. Euro für Sanierungen. Hirsauer Klinik (kleinster Standort): Minus von 1,2 Mio. Euro bei nur 120 Betten.

### Personalkosten sprengen den Rahmen

Die Hauptgründe für die Verluste begründen sich durch Personalkosten sowie sinkende Patientenzahlen.

Die Personalkosten stiegen zwischen 2020 und 2023 um 12 % (Quelle: Krankenhausverband Baden-Württemberg). Gleichzeitig fehlen im Landkreis 15 % der Pflegestellen (Bundesdurchschnitt: 8 %).

Die Anzahl stationärer Fälle sank

im Landkreis seit 2018 um 15 % (von 23.000 auf 19.500 Fälle/Jahr). Der Grund dafür sind Verlagerungen von Fachbehandlungen in Großkliniken wie Stuttgart oder Tübingen.

Weitere Gründe sind Politische Rahmenbedingungen wie das Krankenhausstrukturgesetz (KHSG), welches Mindestmengen für komplexe Eingriffe (z. B. 50 Hüft-OPs/Jahr) fordert. Die Hirsauer Klinik erreichte diese Quote 2022 nicht, was zur Folge hatte, dass 500.000 Euro weniger Fördergelder ausgezahlt wurden.



### Rettungsanker oder Hindernislauf?

Die Fusion der Klinikgesellschaften von Calw und Böblingen (Anteil: 74,9 % Böblingen, 25,1 % Calw) soll ab September 2024 rückwirkend gelten. Das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) Stuttgart rechnet mit Einsparungen von 6–8 Mio. Euro pro Jahr durch das Kreieren einer zentralen Beschaffung und der sich daraus ergebenden Reduzierung von Arbeitsplätzen. Die geschaffenen Synergien sollen 20 % Reduktion der Verwaltungskosten (ca. 50 Stellen) ermöglichen. Also ein Einsparungspotenzial von 2,5 Mio. Euro/Jahr. Durch einen zentralen Einkauf von

Medikamenten und Geräten sollen 1,2 Mio. Euro/Jahr gespart werden. Ein gemeinsamer Verbund mit über 600 Betten soll bei den Krankenkassen bessere Fallpauschalen durchsetzen. Aktuell erhalten kleine Häuser bis zu 15 % niedrigere Vergütungen als Großkliniken (Gutachten des Wissenschaftlichen Instituts der AOK). Das Konzentrieren von Fachabteilungen wie die geplante Zentralnotaufnahme in Calw (als Grundversorger mit 166 Betten mit Schwerpunkt Geriatrie, Orthopädie) sowie Geburtshilfe und Gynäkologie in Nagold (Schwerpunktversorger mit 292 Betten und 24/7 Notfallversorgung) und

Flugfeldklinikum Böblingen (als Maximalversorger mit 710 Betten) sollen die Betriebskosten um weitere 15 % senken.

Es gibt jedoch bei allem Optimismus auch Kritik. Eine Bürgerumfrage des Landkreises bildet ab, dass 65 % der Einwohner eine Schließung der Hirsauer Klinik befürchten. So würden bei einer Schließung, für Teile des Nordschwarzwalds die Anfahrtszeiten von 20 auf 45 Minuten steigen.

Für die Modernisierung der drei Häuser sind 30 Mio. Euro nötig. Bisher zugesagt sind lediglich 8 Mio. Euro aus dem Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG). Dies würde weitere massive Schuldenaufnahmen für den Landkreis bedeuten, welche die Betriebskosten weiter erhöhen würden. Zusätzlich sieht die „Gewerkschaft ver.di“ Personalprobleme und warnt vor zusätzlicher Belastung: „Die Pflegekräfte in Calw arbeiten bereits am Limit – die Personaldecke darf nicht weiter ausgedünnt werden.“

## Was würde die Fusion für die Region bedeuten?

Gelingt die Fusion, könnte der Verbund zum Leuchtturmprojekt für den ländlichen Raum werden. Erste Pläne sehen eine „Einrichtung von Telemedizin-Netzwerken mit Hausärzten“ vor, um Notfallpa-

tienten digital vor zu sortieren. Weiter ist ein gemeinsames Ausbildungszentrum mit der Hochschule Calw geplant, um jährlich 50 Pflegekräfte auszubilden. Dies würde vom Land gefördert werden. Das Land Baden-Württemberg hat seit 2023 ein 150-Mio.-Euro-Programm für ländliche Krankenhäuser aufgelegt, aus dem der Landkreis Anträge stellen kann.

## Als Fazit bleibt

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Ohne Fusion droht im schlimmsten Fall die Schließung aller drei Häuser bis 2030 (Prognose der Deutschen Krankenhausgesellschaft). Die Zusammenlegung ist ein Risiko, aber auch eine Chance – vorausgesetzt, die Politik unterstützt sie mit ausreichend Mitteln und die Patientenakzeptanz bleibt erhalten.

## Quellen:

(1): Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2023)

(2): Deutscher Krankenhausverband: „Krankenhausbarometer 2023“

(3): Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) Stuttgart: Modellrechnung zur Krankenhausfusion

(4): Lohfert & Lohfert-Gutachten

## Hermann Hesse Bahn gefeiert, Familien im ÖPNV vergessen: Ein stummer Skandal der Prioritäten

Jochen Staible

Während am Wochenende Politiker, Touristen und Kulturbegister die Eröffnung der Hermann Hesse Bahn mit Sektempfang und Festreden feierten, offenbarte sich hinter diesem Schauspiel ein Widerspruch: Parallel zu den Millioneninvestitionen in das prestigeträchtige Bahnprojekt, wurden im gleichen Atemzug essenzielle Familienunterstützungen im öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) gestrichen. Eine zur Frage stellende Diskrepanz – wie werden hier die Prioritäten gesetzt.

Die Hermann Hesse Bahn, ein ehemals nostalgisches Zugprojekt, welche literaturinteressierte Reisende durch malerische Landschaften chauffieren sollte, wird nunmehr als „Beitrag zur kulturellen Identität“ und „Impuls für den Regionaltourismus“ gepriesen. Doch tatsächlich, müssen Familien nun die Konsequenzen einer gekürzten ÖPNV-Förderung tragen. Für viele Eltern, die auf Bus und Bahn angewiesen sind, bedeutet dies Mehrbelastungen im Alltag – ein Schlag ins Gesicht sozialer Gerechtigkeit.

„Hier wird mit zweierlei Maß gemessen“, kritisiert eine betroffene Mutter aus der Region. „Während ein Luxusprojekt für Touristen und Pendler finanziert wird, spart man dort, wo es um Bildung, Teilhabe und Klimaschutz geht.“ Tatsächlich wirkt die Symbolpolitik zynisch: Einerseits preist man die Bahn als „ökologisches Vorzeigeprojekt“,

andererseits verwehrt man Familien preiswerte Alternativen zum Auto. Auf Nachfrage argumentieren die Verantwortlichen auf „begrenzte Haushaltsmittel“ und verweisen auf die Lage des Gesamthaushaltes. Wer so argumentiert, ignoriert wie wichtig die Unterstützung und Förderung von sozial schwachen Haushalten ist. Wie passt es zusammen, dass eine Bahn, welche mittlerweile den Kostenrahmen in einem unvorstellbaren Rahmen sprengt, Vorrang vor der täglichen Daseinsvorsorge hat?

Die Kürzungen im ÖPNV treffen genau diejenigen, die bereits jetzt schon unter steigenden Lebenshaltungskosten leiden und erhöhen die Abhängigkeit vom Auto in den ländlichen Regionen. Es ist ein Armutszeugnis, wenn die Mobilität von Kindern zur Schule oder von Eltern zur Arbeit hinter Großprojekten zurückstehen muss.

Die Feierlaune der Verantwortlichen wirkt vor diesem Hintergrund deplatziert. Statt sich in Sonntagsreden zu ergehen, wäre es an der Zeit, die Weichen neu zu stellen: Eine Verkehrswende gelingt nur, wenn sie für alle zugänglich ist – nicht nur für Touristen oder finanzstarke Familien. Die Hermann Hesse Bahn mag Ihre Daseinsberechtigung haben. Doch wahre Fortschrittlichkeit misst sich daran, ob auch diejenigen im Zug oder Bus sitzen, welche ihn am dringendsten brauchen.

## IMPRESSUM

Herausgeber: AfD Kreisverband Calw/Freudenstadt  
Schwabenstr. 1, 75389 Neuweiler  
Vi.S.d.P.: Vorstand des KV AfD Calw/Freudenstadt  
E-Mail: [geschäftsstelle@afd-cw-fds.de](mailto:geschäftsstelle@afd-cw-fds.de)  
Redaktion: Timm Kettner und Robert Tilker

## AfD mit neuem Kreisvorstand – Grammel spricht von "Verrat an unserem Land"

Rodolfo Panetta

Andreas Grammel und Miguel Klauß sind die neuen Sprecher des Kreisverbands Calw-Freudenstadt der Alternative für Deutschland. Die Mitgliederversammlung der AfD, geleitet vom Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier, wählte am Samstag in Herzogsweiler den Kreis- und Regionalrat aus Besenfeld und den Landtagsabgeordneten aus Vollmaringen an ihre Spitze. Zu Stellvertretern wählten die 90 anwesenden Stimmberechtigten Roland Tischbein aus Altheim und Sebastian Breitkopf aus Wildberg. Uwe Burkart aus Calw führt künftig die Finanzen des Kreisverbands. Der auf sieben Personen verkleinerte Vorstand wird durch die Beisitzer Jan Bellon aus Dornstetten und Oliver Rihm aus Höfen an der Enz komplettiert.

Eröffnet wurde die Versammlung von Marcus Lotzin, der im Dezember nach Rücktritten aus dem alten Vorstand als Sprecher nachgerückt war. Er verabschiedete die scheidende Schatzmeisterin Sonja Katz nach deren Finanzbericht, dessen Korrektheit von den Kassenprüfern Dr. Heinrich Kuhn und Elke Schöttle bestätigt worden war, mit Worten des Dankes und einem Blumenstrauß. Nach der Entlastung des alten Vorstands wurde zunächst über die künftige Struktur des Kreisvorstands entschieden. Dabei stimmte die Mehrheit für ein auf sieben Mitglieder verkleinertes Gremium, künftig wieder mit einer Doppelspitze.

Bei der Wahl zu den beiden Kreissprechern setzten sich Andreas Grammel und Miguel Klauß mit deutlicher Mehrheit gegen Marcus Lotzin durch. Die Stellvertreter Roland Tischbein und Sebastian Breitkopf sowie der



Der neugewählte AfD-Kreisvorstand - v.l.n.r.: Oliver Rihm, Sebastian Breitkopf, Miguel Klauß, Roland Tischbein, Andreas Grammel, Jan Bellon, Uwe Burkart (freigegebenes Foto Klauß)

neue Schatzmeister Uwe Burkart und Beisitzer Oliver Rihm wurden ohne Gegenkandidaten gewählt. Jan Bellon setzte sich als

Beisitzer gegen Jonathan Betz durch. Zu Finanzprüfern wurden Eberhard Brett und Peter Drenckhan gewählt.

Politisch setzte der neue Sprecher Andreas Grammel klare Akzente. Den "Tag der Billionenverschuldung", den 18. März, nannte er einen "Tag des Verrats an unserem Land, unserer Demokratie, unseren Werten, unseren Kindern und Enkelkindern". Noch nie habe es in unserem Land eine solche Täuschung und einen solchen Wählerbetrug gegeben. Ein starker Kreisverband sei die Basis für eine starke Partei und nur gemeinsam könne die AfD etwas bewegen.

Sein Sprecher-Kollege Miguel Klauß möchte die Gründung von Orts- und Gebietsverbänden voranbringen, welche zu einer weiteren Professionalisierung des

Kreisverbands führen werde. Das starke Ergebnis im Bundestagswahlkreis mache die

AfD zu einem "gewichtigen Vertreter für die Interessen der Bürger". Er möchte durch regelmäßige Aktionen neue Mitglieder gewinnen und setzt dabei auch auf prominente Zugpferde wie Alice Weidel und Tino Chrupalla.

Im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2029 wurde ein Antrag gestellt, den Kreisverband in eigene Verbände Calw und

Freudenstadt aufzuteilen. Landesvorsitzender Markus Frohnmaier und die Mehrheit der Mitglieder sahen dies anders und lehnten den Antrag ab. Die Versammlung endete mit dem Singen der Nationalhymne. Direkt im Anschluss konstituierte sich der neugewählte Vorstand und traf Beschlüsse zur künftigen Parteiarbeit.



Marcus Lotzin verabschiedet die scheidende Schatzmeisterin Sonja Katz mit einem Blumenstrauß (freigegebenes Foto Panetta)

## Windenergie: Ein kritischer Blick auf die Realität

Oliver Riem

Die Vorstellung von Windkraft als umweltfreundliche Lösung für unsere Energieprobleme wird zunehmend als trügerisch entlarvt. Windanlagen, die in den letzten Jahren flächendeckend errichtet wurden, sind nicht nur eine visuelle Belästigung in der Natur, sondern haben auch gravierende negative Auswirkungen auf die Umwelt. Die Herstellung und Entsorgung dieser gigantischen Turbinen erfordert immense Ressourcen und führt zu einem hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß, der oft in der Diskussion über erneuerbare Energien ignoriert wird. Die vermeintlich saubere Energie ist also alles andere als unproblematisch.

Ein weiteres gravierendes Manko der Windenergie ist ihre Abhängigkeit von Witterungsbedingungen. Bei Windstille bleibt nicht nur der Strom aus – die gesamte Infrastruktur steht still. Es ist absurd, auf eine Energieform zu setzen, die so stark von den Launen der Natur abhängt. In Zeiten extremer Wetterbedingungen oder stagnierender Windverhältnisse zeigt sich die Anfälligkeit und Ineffizienz dieser Technologie drastisch. Wo bleibt da die Verlässlichkeit für Unternehmen und Privatverbraucher, die auf kontinuierliche Energieversorgung angewiesen sind?

Zudem wird häufig übersehen, dass die Windkraft ohne staatliche Subventionen nicht rentabel wäre. Diese finanziellen Zuschüsse verschlingen Steuergelder und belasten die öffentlichen Kassen. Würden diese Mittel stattdessen in effizientere und nachhaltigere Technologien investiert, könnten wir echten Fortschritt erzielen, anstatt ineffiziente Projekte zu fördern, die letztendlich mehr

schaden als nützen.

Ein weiterer Aspekt, der viel zu selten thematisiert wird, ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Viele Befürworter der Windenergie behaupten, dass der Sektor zahlreiche Arbeitsplätze schaffen würde. Doch die Realität sieht anders aus. Der Großteil der Jobs in der Windindustrie geht nicht an hier lebende Menschen, sondern wird von internationalen Konzernen besetzt, die häufig auf ausländische Arbeitskräfte zurückgreifen. Dies trägt nicht zur lokalen Wirtschaft bei und hinterlässt viele Menschen ohne Perspektive.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die vermeintlichen Vorteile der Windenergie stark überbewertet werden. Umweltliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte sprechen gegen einen uneingeschränkten Ausbau dieser Technologie. Statt blind auf die Windkraft zu setzen, sollten wir einen differenzierten Ansatz wählen und alternative, nachhaltigere Lösungen erforschen, die wirklich dazu beitragen können, unseren Planeten zu schützen und gleichzeitig ein verlässliches Energiesystem zu garantieren.

## Haushaltsrede 2025 AfD Kreistagsfraktion

Günther Schöttle

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrter Herr Hopf, sehr geehrte Kreisräte, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Bürger,

Meine Vorredner haben ihre Bestürzung über die desaströsen Zahlen des fast 1000-seitigen

Haushaltes bereits ausführlich zum Ausdruck gebracht. Eine Wiederholung ist damit überflüssig. Zu diesem Haushaltsplan sind mir die Zitate von zwei berühmten Zeitgenossen eingefallen:

- Berthold Brecht, skeptisch gegenüber den 5-Jahres-Plänen seiner eigenen Genossen

„Ja macht nur einen Plan, sei ein helles Licht, mach noch einen zweiten Plan, funktionieren tun sie beide nicht“

- Von Albert Einstein stammt angeblich und sinngemäß das Zitat:

„Die Definition von Wahnsinn ist es, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten“

Ich wollte wissen, wer von Beiden recht hat und habe mir nochmals die Haushaltsjahre 2023 und 2024 angeschaut. Ergebnis: Beide hatten Recht!

Im 1. Plan von 2023 war ein Verlust in Höhe von -340.000,00 EURO prognostiziert worden. Daraus sind dann unterjährig rd. -9,5 Millionen EURO geworden. Der Plan 2023 hat nicht funktioniert, weil der tatsächliche Verlust 29 x höher war.

Der 2. Plan für 2024 ging von einem Verlust von -3,055 Millionen EURO aus, eintreten werden nach aktueller Hochrechnung aber -11,1 Millionen EURO, also wurde um 365% überzogen.

Funktioniert haben beide Pläne nicht!

Für das Haushaltsjahr 2025 haben wir nun über einen geplanten Verlust in Höhe von rd. -24 Millionen EURO zu entscheiden. Würde 2025 auch nur in Ansätzen analog zu 2023 und 2024 verlaufen, müssten wir mit einem Verlust in der Größenordnung von -50 - -80 Millionen EURO rechnen. Undenkbar? Hoffentlich ja!

Wir machen also wieder das gleiche wie in den Vorjahren – wir lügen uns selbst in die Tasche und hoffen, dass alles gut geht!

Und da sind wir wieder beim Einstein-Zitat:

„Die Definition von *Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.*“

Herr Landrat Riegger hat für das dramatische Ergebnis die fehlenden oder zu spät eintreffenden Gelder aus Bund und Land für die desaströse finanzielle Lage unseres Kreises verantwortlich gemacht. Das stimmt sicherlich zu einem erheblichen Teil.

Nach meinem Wissen steht allein für die Hermann-Hesse-Bahn eine Kreditlinie in Höhe von 155 Millionen EURO zur Verfügung, die vorfinanziert werden muss. Allein dafür werden jährlich rd. 5 Millionen EURO fällig.

Tatsache ist aber auch, dass die Kreisumlagen des Landkreises Calw bis 2014 immer unter dem Durchschnitt der Landkreise in Baden-Württemberg lagen und die Kreisumlagen seit 2015 immer höher als der Landesdurchschnitt sind. Das zeigt mir, dass wir seit 10 Jahren ein strukturelles oder systemisches Problem im Landkreis haben – das Problem heißt: Immer noch mehr Ausgaben und das trotz deutlich gestiegener Einnahmen.

Rd. 150 Millionen werden im Kreis allein für soziale Zwecke jedweder Art ausgegeben. Dass diese enorme Summe trotz höchster Steuereinnahmen nicht mehr finanzierbar ist, müsste eigentlich jedem einleuchten.

An dieser Stelle ist der Haushaltsplan für uns nicht transparent genug, die tatsächlichen Kosten für Flüchtlinge sind für uns nicht erkennbar.

Ich glaube auch, dass ein Bewusstseinswandel in der Bevölkerung stattgefunden hat. Heute heißt es: Nehmen ist seliger denn geben.

Oder: Heiliger St. Florian, verschon mein Haus, zünd andere an.

Als Kreisrat habe ich in der Haushaltsstrukturkommission gegen meine innere Überzeugung

und gegen unser Parteiprogramm den unbequemen Einsparungen bei der Drittkindregelung, den Schülerbeförderungskosten zugestimmt. Dies allerdings unter dem Vorbehalt und der Zusicherung, dass soziale Härtefälle vermieden werden und insbesondere sozial Schwache nicht belastet werden.

Wir als AfD fordern seit 5 Jahren, dass auch die Mitarbeiter des Landratsamtes ihren Sparbeitrag leisten müssen – leider vergeblich! Auch wenn Herr Riegger recht hat, eigene Entscheidungen im Kreis haben zur jetzigen Finanzlage massiv beigetragen.

Der Natur- und Tierschutz bei der Hermann-Hesse-Bahn wird mehr kosten als für die eigentliche Baumaßnahme im Jahre 2014 geplant war. 40 Millionen sollte die Strecke kosten und 2018 sollte sie fertig sein. Heute stehen wir bei über 200 Millionen EURO, genauere Zahlen und realistische Termine kennen wir noch immer nicht.

Für Viele ist die Bahn ein Herzensanliegen, für viele Bürger mittlerweile ein Albtraum.

Ich zitiere eine verärgerte Mutter: „Für Fledermäuse sind zig-Millionen EURO da, für die Bildung, Schülerbeförderung und für Behinderte nicht Eine! Ich kritisiere die mangelnde Informationspolitik, die Intransparenz der Kosten bei der Hesse-Bahn und offensichtliches Versagen bei Planung, Prozessteuerung und Objektüberwachung. Es ist mir mit 50 Jahren Planungs- und Baustellenerfahrung völlig schleierhaft, wie man sich als Verwaltungsbehörde diesen Hut aufziehen konnte.“

Der zweite große kreiseigene Verlustblock sind unsere beiden Krankenhäuser. Die Verluste für den Klinikverbund Südwest sind in 2025 mit 17,2 Millionen EURO und damit 2,2 Millionen EURO mehr als im Vorjahr eingeplant. Wir als AfD haben vehement gegen die Fusion gestimmt, waren aber mehrheitlich unterlegen.

Der 3. große Verlustblock betrifft die Personalkosten, die erneut trotz leicht sinkender Personalstellen von 54,5 Millionen EURO auf 59,7 Millionen EURO steigen werden. Also eine Zunahme um über 9,1%.

Warum ist das so?

Weil der Wille fehlt, etwas zu ändern! Daimler macht es uns vor: Handeln statt Hoffen!

Uns als AfD wirft man gerne vor, wir würden zwar die Probleme benennen, aber keine Lösung anbieten. Das ist Populismus! So hätten die Regierenden es gerne: Den Absturz verursachen und dann als Pilot beklagen, warum die Passagiere nicht den Crash verhindert haben.

Es ist unsere Aufgabe, Fehlentscheidungen zu hinterfragen, auch zu kritisieren:

- Dem Bau der Hermann-Hesse-Bahn hätten wir niemals zugestimmt – wobei damals (2014) wohl

- von 40 Millionen EURO die Rede war und die Bahn hätte seit 2018 fahren sollen

- Ich habe in der Haushaltsstrukturkommission energisch dafür geworben, dass auch die

- Bediensteten des Landratsamtes einen Beitrag zur Lösung der finanziellen Probleme leisten müssen. Abgelehnt! – Undenkbar!

- Beim ÖPNV haben wir uns rechtzeitig und deutlich gegen kürzere Taktzeiten ausgesprochen

- Der Forderung der Grünen, auch auf den Nordseiten von kreiseigenen Dächern PV-Anlagen zu

- installieren, haben wir uns massiv entgegengestellt. Der Reduzierung von landwirtschaftlichen

- Nutzflächen zugunsten von Freiflächen-PV-Anlagen haben wir ebenfalls abgelehnt

- Der Zerstörung unserer Umwelt durch Windenergieanlagen im gesamten Nordschwarzwald

- haben wir als AfD den Kampf angesagt und zwar nicht aus ideologischen, sondern aus

- ausschließlich betriebswirtschaftlichen,

technischen und gesundheitlichen Gründen. Unser Energiekonzept verzichtet auf die korruptionsanfällige Subventionspolitik.

- Die ungesteuerte Migrationspolitik und die damit einhergehende Belastung und Auswirkungen, auch im Landkreis und in den Kommunen kritisieren wir als AfD als einzige Partei - andere glauben noch immer, damit den Fachkräftemangel oder demografische Probleme lösen zu können.

Trotzdem haben wir AfD-Kreisräte uns in keiner Weise populistisch oder negativ gegen Flüchtlinge positioniert oder gar gehetzt – so wie es in den Medien immer wieder gern aber wahrheitswidrig behauptet wird.

Herr Hopf hat mir persönlich bestätigt, dass die sog. Spitzabrechnung aktuell zwar die direkt abrechenbaren Kosten der Flüchtlinge deckt, die Finanzierungskosten aber vom Kreis getragen werden müssen. Die pauschalierte Erstattung für Geflüchtete wird dieses Jahr 1,5 Millionen EURO geringer ausfallen als bisher, weil die gesamten Zuschüsse des Landes von 455 Millionen EURO auf 125 Millionen EURO reduziert wurden.

- Das Medizinkonzept haben wir als AfD ebenfalls abgelehnt. Wir wollten eigenständig bleiben und langfristig eine zentrale Klinik im Landkreis betreiben.

- Die kostenintensive Sanierung des Kreiskrankenhauses Nagold u.a. bedingt durch InterimsOP's im Naturschutzgebiet habe ich in aller Deutlichkeit kritisiert und mit eigenen Erfahrungszahlen hinterlegt. Auch dort werden wir noch eine deutliche Kostensteigerung erleben. Unsere Einwände wurden beiseite gewischt, Gegenvorschläge fanden keine Mehrheit

- Dass es üblich ist, auch fragwürdige Investitionen dann auszuführen, wenn es nur genügend

Zuschüsse oder Fördergelder gibt, musste ich als Unternehmer nach 5 Jahren Kreisrat mit großer Verwunderung zur Kenntnis nehmen. Ich nenne hier u.a. den Zuschuss für den Klimawettbewerb in der Größenordnung von 5 Millionen EURO. Davon sind 10% selbst zu tragen.

Daimler handelt – muss handeln – wir hoffen!

Wir als AfD haben stets Alternativlösungen benannt – erhört wurden wir nicht! Die Brandmauer lässt grüßen...

Und in Zukunft?

Frau Dr. Angela Merkel hat ja bekanntlich mehrfach das Ausgabeverhalten der schwäbischen Hausfrau für die CDU/CSU reklamiert. Die Kreishaushalte der Jahre 2026, 2027 und 2028 kann sie damit nicht gemeint haben.

Die Kreisumlage soll von derzeit 38% in drei Schritten auf 45,4%, 45,9% und dann auf 46,5% steigen! So steht's im Plan.

Die Folge daraus:

Aus einem Schuldenstand Ende 2023 in Höhe von 129,5 Millionen EURO werden ca. 219 Millionen Schulden für 2028 erwartet, dies entspricht einer Steigerung von 69,11%!

Es gibt aber bereits heute genügend Anhaltspunkte, dass schon die diesjährige Prognose von -24 Millionen EURO tatsächlich noch viel schlimmer ausfallen könnte.

Im aktuellen Kreishaushalt ist z.B. ein globaler Minderaufwand in Höhe von 3 Millionen EURO enthalten, der durchaus noch nicht erwirtschaftet ist.

ABER: Es ist ja auch nur ein Plan...

- Die Personalkosten im Kreis werden auch zukünftig weiter ungebremst steigen – das steht schon mal fest, daran wird niemand etwas ändern

- Die Krankenhäuser im Kreis werden weiterhin Verluste erwirtschaften. Die Einsparungen, die man uns versprochen hat, sind unverbindliche Absichtserklärungen

- Die Hermann-Hesse-Bahn wird weitere Kosten verursachen – von geplanten 40 Millionen am Anfang auf 240 Millionen EURO oder noch mehr?

Alleine für die Zinsen sind rd. 5 Millionen EURO veranschlagt.

Warum auch von der Bundes- und Landesebene die zurecht geforderte Entlastung nicht zu erwarten ist, möchte ich hier nur kurz skizzieren:

1. Die Krankenhausreform wird nach Aussage aller Fachleute keine Entlastung für die Kreise als Folge haben – eher im Gegenteil: Dieses offene Kostenrisiko haben wir schon vor zwei Jahren klar und deutlich benannt und Klarheit verlangt – vergeblich!

2. Die Schuldenbremse vom Bund wird 2025 gelockert werden. Egal auf welche Art und Weise und mit welchen Mehrheiten. 500 Milliarden oder gar 1000 Milliarden neue Schulden sind im Gespräch

3. Die Energiewende bis 2040 wird ohne Nutzen für Umwelt und Verbraucher weitere 600 – 800 Milliarden EURO für die Bürger kosten

4. Die naiven Träume der angeblichen Zukunftsenergie Wasserstoff waren noch 1933 pure Illusion, aber jetzt sind tatsächliche Kosten in unbezahlbarer Höhe zu erwarten.

5. Die Bundesbank hat letzte Woche einen Jahresverlust von -19 Milliarden gemeldet. Peanuts.

Allerdings haben diese Peanuts zur Folge, dass der Bundeshaushalt nicht – wie in den vergangenen Jahren – entlastet wird.

6. Die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit wird im Jahr 2025 deutlich steigen, erste Schätzungen

gehen von 175 000 zusätzlichen Arbeitslosen aus. Ich habe (nur dafür) rd. 3,5 Millionen Arbeitslose errechnet

7. Im Ukraine-Krieg will Deutschland mehr

„Verantwortung“ übernehmen. Mehr Verantwortung

bedeutet: Mehr Geld und damit mehr Schulden! Höhe: Unbekannt  
8. Auch bei einem hoffentlich raschen Kriegsende wird Deutschland einen großen Anteil der

Wiederaufbaukosten tragen müssen. Geschätzte Kosten: 1,5 – 2 Billionen EURO! Folge:

Weitere zusätzliche Schulden, weitere Belastungen unserer Kinder und Enkel

9. Der Exodus unserer Firmen und Leistungsträger ins Ausland geht ungebremst weiter – d.h.

weitere Steuerausfälle (weniger Gewerbesteuererinnahmen für die Kommunen, aber höhere Kreisumlagen bezahlen! Womit?)

10. Als nächstes Opfer der Energiewende wird die moderne, deutsche Stahlindustrie zerstört werden. Im Ausland wird Stahl erheblich umweltschädlicher und damit billiger produziert. Hier gilt der Grundsatz: Was weg ist, ist weg!

11. Die Bundeswehr soll massiv aufgerüstet werden, nachdem sie jahrzehntelang kaputtgespart wurde. Die CDU hat die Wehrpflicht 2011 abgeschafft, jetzt soll sie wieder eingeführt werden. Eine weitsichtige Politik sieht anders aus. Ein Hinterbänkler von der CDU will die ersten Wehrpflichtigen noch 2025 durch die Kasernentore gehen sehen: Dumm nur, dass die Kasernen hinter den Toren fehlen.

Angesichts dessen frage ich Sie, woher soll das Geld kommen, auf das Landrat und Kämmerer hoffen?

Die Antwort ist einfach: Unsere Kinder und Enkel werden die Zeche bezahlen müssen.

Die AfD-Fraktion hat 5 Jahre lang die vorgelegten Haushaltspläne wegen fehlender Vorsorge abgelehnt, das gilt erst recht für 2025!

Seite | 6

Ich danke Herrn Hopf und seinen Mitarbeitern für ihre akribische Arbeit. An ihnen liegt das desaströse Ergebnis sicher nicht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Günther Schöttle  
AfD-Fraktionsvorsitzender

## Haushaltsrede der AfD Fraktion im Kreistag FDS betreffend den Haushaltsentwurf 2025 27.01.2025

*Uwe Hellstern*

Liebe Mitbürger, geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kreistagskollegen und Kolleginnen, liebe Pressevertreter, ungewöhnlich, dass der KreisHaushalt erst im Jahr für das er gelten soll, verabschiedet wird. Es sind ungewöhnliche Zeiten. Der einzige Hort der Ruhe an dem dies augenscheinlich noch nicht angekommen ist, ist die Kreisverwaltung.

Nun könnte man sagen: Gut wenn der Steuermann ruhig Kurs hält.

Dies trifft aber nicht zu, wenn auf der Titanic schon sämtliche Unterdecks vollgelaufen sind. Das Wasser steht uns bis zum Hals! Das hat schon das Jahr 2024, in dem ein Nachtragshaushalt notwendig wurde, gezeigt. Die kommenden Jahre, der gerade begonnenen Kreistagsperiode, werden wohl noch herausfordernder. Die Landeswirtschaftsministerin, Hoffmeister-Kraut, hat für 2025 vor kurzem ein weiteres Minuswachstum von einem halben Prozent in Baden-Württemberg prognostiziert. Da ist noch Berufsoptimismus mit dabei. Ich rechne mit minus 1 Prozent. Dies lässt sich gut mit der hohen Kurzarbeitsquote am Jahresende und Entwicklungen auf wichtigen Märkten für unsere exportabhängige Wirtschaft begründen. Speziell unser Landkreis mit einem hohen Anteil an Maschinen- und Anlagenbauern ist davon schwer

betroffen. Der lokale Arbeitsmarkt hat sich bereits letztes Jahr schlechter als der Landesdurchschnitt entwickelt. Als Gegenmaßnahme müssten nun die öffentlichen Haushalte im Kreis alles tun was Wirtschaft und Eigeninitiative der Bürger fördert. Die Standort-Attraktivität und so längerfristig auch die Steuerkraft, müssten gestärkt werden. Der Kreis müsste jetzt in Infrastruktur investieren, um so die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Konsumausgaben, überbordende Sozialausgaben oder Mittel und Stellen für umstrittene Großprojekte anderer Ebenen, müssten dagegen auf ein unumgängliches Minimum heruntergefahren werden. Ich nenne hier nur die fehlgeplante Energiewende und die UNO-Nachhaltigkeit, die im Land bis zur Unkenntlichkeit umformuliert wurde um als Begründung für eine Gesellschaftstransformation herzuhalten.

Verlustbringer bei den eigenen Unternehmen sollte der Kreis auf das Notwendigste reduzieren. Bezogen auf den Kreis hieße dies, beim Verlustbringer Krankenhaus nur das Notwendige zu behalten, um die Verluste deutlich zu drücken. Im Bereich Investitionen hieße dies in Infrastruktur und Auszubildende zu investieren, statt diese mit ParkGebühren zu belasten und durch Auftürmen eines Schuldenbergs zu demotivieren. Gut ausgebildete junge Leute, die hier bleiben wollen, sind schließlich das Rückgrat für einen künftigen Turnaround!

Spiegeln sich im eingebrachten Haushalt die prekäre Lage und die wirtschaftlichen Zukunftsprognosen wieder? Nein, den Eindruck vermittelt das vorgelegte Armutszeugnis einer Verwaltung nicht! Bei den bisherigen Haushaltsberatungen hatten wir von der AfD-Fraktion nicht den Eindruck, dass den Verwaltenden der Ernst der Lage klar ist! Ich will nicht auf alle

Einzelpositionen eingehen, aber die Mittelfristige Finanzplanung spiegelt die geschilderten Rahmenbedingungen in keinsten Weise wieder. Liebe Verwaltungsspitze, diesen Haushalt hätten Sie in genau einem Monat einbringen sollen. Am 27ten Februar, dem Schmotzigen Donnerstag, übernehmen normalerweise die Komödianten die Macht! Sie bauen auf bald steigende Einnahmen, obwohl wir in ein weiteres Rezessionsjahr gehen und wissen, dass Einnahmen und Zuweisungen ca. 2 Jahre Nachlauf zur Konjunktur haben.

Vor 2028 sind wesentliche Steigerungen bei den Einnahmen, selbst von den größten Optimisten nicht zu erwarten! Trotzdem sehen Sie bereits 2027 deutliche Einnahmeverbesserungen. Seit Jahren muss ich mir ihre unrealistische Finanzpolitik ansehen. 2023 betrug die Abweichung vom Planhaushalt 5 Mio. €. 2024 ergibt sich trotz Nachtragshaushalt ein Zusatzloch von knapp 3 Millionen. Den Schuldenhöchststand sehen Sie nun in 2026 bei knapp 99 Mio. €. Bei Finanzierung mit derzeitigen Zinssätzen wären dafür über 3 Mio. € an Zinsen aufzuwenden. Bei den Zinserwartungen sind Sie Daueroptimist Herr Kämmerer. Aber auch dieses Jahr sind bei wieder anziehender Inflation fallende Zinsen keineswegs sicher. Auf den Finanzmärkten, falls Sie sich dafür interessieren, gibt es gerade eine ungute Abkopplung der Anleihezinsen von den Leitzinssätzen in einigen Ländern. Das bedeutet den Zentralbanken dort entgleitet die Kontrolle über ein wesentliches Instrument zur Steuerung der Finanzmarktstabilität. Das könnte auch Deutschland beim Lösen der Schuldenbremse passieren. Der Ruf nach mehr Geld finanziert durch neue Schulden im Bund ist daher längerfristig keine gute Idee.

Sowohl bei der KLF als auch im Gesamthaushalt trifft praktisch nie ein was Sie in den Haushalten

planen! Mag ja sein, dass Vieles davon extern verursacht ist. Die fehlende Sorgfalt des vorsichtigen Kaufmanns, auch schlechte Szenarien durchzuspielen und die völlig fehlende Risikoversorge, sind aber Ihr Versäumnis. Ich bin froh, dass der vorliegende Haushaltsentwurf digital eingebracht wurde. Er wäre wirklich das Papier nicht wert um ihn darauf zu drucken. Die Kreisumlage wollen Sie schon jetzt auf rekordverdächtige Höhen schrauben. Für Kommunen, die mit denselben Schwierigkeiten kämpfen wie der Kreis, dies zum Teil aber ambitionierter tun, ist der vorliegende Haushaltsentwurf ein Affront.

Gerade diejenigen, die ihren Bürgern bereits Härten zumuten, bestrafen Sie mit Ihrer permanenten Vogel-Strauß-Politik, weil sie im nächsten Jahr mit weiteren Zumutungen rechnen müssen.

Herr Landrat, Sie können sich gerne mit den woken Teilen der Presse echauffieren, wenn unsere Fraktion echte Sparmaßnahmen, wie das Ende der Zuschüsse für fast leere Nationalparkbusse vorschlägt. Sie können sich gerne mit Ihrer Verwaltung nochmal einen kräftigen Schluck aus der Besoldungs- und Höherstufungspulle gönnen. Gerne können Sie uns auch mit parteipolitisch geprägten Beschlussempfehlungen zeigen was eine Harke ist. So zum Beispiel bei unserem Antrag zur frühen Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber, welche Sie dann fast ganz verschlafen hätten.

Wenn aber das kalte Wasser in den nächsten Jahren auf dem Hauptdeck ankommt und das sinkende Schiff an uns übergeben wird, werden weder wir, noch die Bevölkerung vergessen haben, wer fahrlässig den Eisberg gerammt hat!

Das Herunterfahren der Liquiden Eigenmittel auf zweistellig negative Millionenbeträge bis 2026, bedeutet, dass wir in den nächsten Jahren nicht den

geringsten Spielraum haben um auch nur eine weitere Herausforderung abzufangen. Das bei diesen Zeiten!

Dem stimmen wir selbstverständlich nicht zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schlage Ihnen vor statt des Schmotzigen Donnerstag den Aschermittwoch vorzuziehen und die Haushaltsendabstimmung solange zu vertagen bis ein seriöses Werk vorliegt. Vor dem endgültigen Beschluss des Haushalts muss ein grober Plan zur Verringerung des KLF-Defizits vorliegen.

Wir investieren seit Jahren große Summen ins Krankenhaus. Wir können doch nicht riskieren, dass wir nach nochmal 40 Millionen Defizit ausgleich und Schuldenaufbau, irgendwann doch den Totalverlust haben. Das Risiko gehen wir ein, wenn wir die Kreis-Finzen bis zur Handlungsunfähigkeit herunterwirtschaften. Nach einer Insolvenz der KLF liegt alles in der Hand des Insolvenzverwalters und nicht mehr in unserer.

Soweit dürfen wir es auf gar keinen Fall kommen lassen! Den Bürgern bleiben dann nur die Schulden für gar nichts mehr!

Herr Landrat, ihre Klage gegen das Land lassen Sie lieber sein. Als Richter würde ich sie abweisen. Sie wussten, dass sie nur eine Teilfinanzierung für einen Teilneubau bekommen. Wenn das nicht gereicht hat, dann hätten Sie als Aufsichtsratschef und Vertreter des Eigentümers das Projekt stoppen oder Einspruch gegen den Förderbescheid einlegen müssen.

Die Neubaurechtscheidung fiel nicht in meine Zeit als Kreisrat, aber ich denke, ich hätte nicht zugestimmt, nachdem das Land im Förderbescheid signalisierte nur 54% der Kosten zu übernehmen. Aber machen wir hier keine Geschichtsdebatte. Im Nachhinein irgendwas für die Vergangenheit zu behaupten ist wohlfeil, wenn man es nicht beweisen muss. Das gilt meiner Ansicht nach auch für

die so fleißigen Geschichtsbewältiger unserer Tage. Wir müssen für unsere

Entscheidungen in unserer Zeit gradestehen und Gott danken, dass wir bisher nie vor Entscheidungen von der Dimension gestellt waren, wie die Generation unserer Großeltern. Wir müssen aber alles dafür tun, dass es auch für unsere Kinder nicht soweit kommt.

Gradestehen vor den Bürgern für diesen Haushaltsplan, der rein auf dem Prinzip Hoffnung basiert, können meine Fraktion und ich aber nicht.

Wir müssen solange Einsparungen ohne Vorbehalte machen, bis der Haushalt der Krisenlage angemessen ist. Andernfalls verabschieden wir eine tickende Zeitbombe. Bei einer Implosion der Kreisfinanzen würden die Schockwellen wie bei einem Tsunami in die Rathäuser getragen. Dafür wollen wir keine Verantwortung tragen. Verantwortung heißt auch unangenehme Entscheidungen treffen und nicht nur verteilen und feiern. Als Stadt- und Gemeinderäte können wir so nämlich auch keine Haushalte und Finanzplanung in den Kreisgemeinden, seriös mitgestalten. Das geplante Gesamtdefizit im Kreis muss in einen Bereich gedrückt werden, der den Kreishaushalt für die Kommunen von einer tickenden Zeitbombe wieder in eine planbare Größe transformiert. Das ist nämlich die einzige Transformation, die wir brauchen und keine andere. Wir werden deshalb auch der höheren Kreisumlage so nicht zustimmen. Die Erhöhung könnten wir nur mittragen, wenn wir das Gefühl hätten, dass dies dann für mehrere Jahre ausreicht.

Liebe Kollegen folgen Sie unserem Antrag, den ich hiermit stelle:

Die Verabschiedung des Kreishaushaltes muss vertagt werden. Für die Verabschiedung sind weitere erhebliche

Einsparungen notwendig. Die Liquidität darf nicht in den zweistelligen negativen Millionenbereich abfallen. Für die

KLF GmbH muss ein finanzieller Rahmenplan mit einer Defizitobergrenze festgelegt sein und ein Exit-Verfahren für den Fall der Zielverfehlung.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit. Uwe Hellstern für die AfD-Fraktion im Kreistag Freudenstadt



Deutschland.  
Aber normal.



## SPENDENINFO

Wir sind ein kleiner Kreisverband und arbeiten ausschließlich im Ehrenamt. Wir geben uns größte Mühe Ihnen sauber recherchierte Artikel anzubieten. Wenn Sie unsere Arbeit als Mehrwert sehen, unterstützen Sie unseren Kreisverband doch mit einer Spende.

Kreisverband Calw/Freudenstadt:  
IBAN: DE74 6665 0085 0008 971269  
BIC: PZHSDE66XXX

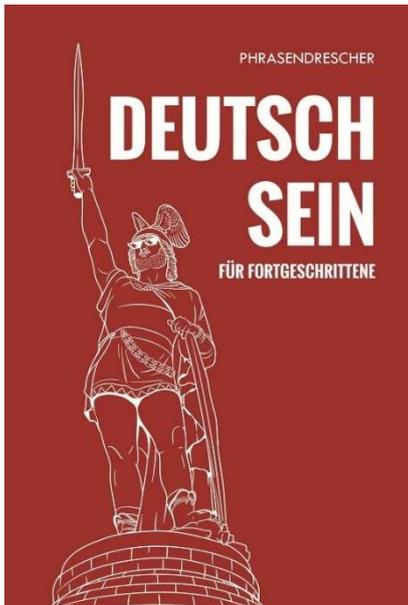
Sparkasse Pforzheim Calw

Verwendungszweck: Spende + Mitgliedsnummer oder vollständige Adresse (erforderlich zum Erstellen einer Zuwendungsbescheinigung)

## LITERATURVORSCHLÄGE:

Phrasendrescher

Deutschsein für  
Fortgeschrittene



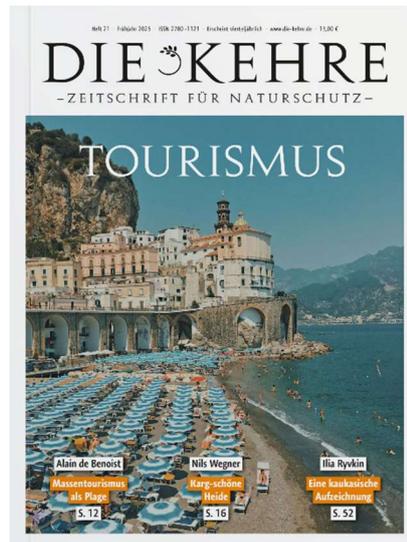
Weltbürger, Antideutsche und EU-Patrioten haben zum Angriff auf die deutsche Nation geblasen – und wir können uns kaum wehren. Das hat einen einfachen Grund: Wir wissen gar nicht mehr, was „Deutschsein“ eigentlich bedeutet. Zeit also, irgendwo zwischen Geschichte, Mythos und kleinkariertem Schrebergartentum die Suche aufzunehmen. Denn die Verbundenheit mit unserem Land ist eigentlich das Normalste auf der Welt. Dass diese Aussage instinktive Rechtfertigungs- oder Relativierungsreflexe auslöst, ist ein Grund mehr, unsere Nation einmal gründlich unter die Lupe zu nehmen.

So der Verlag über das Buch.

**Blutdruck-Verlag** 2025  
Taschenbuch, 248 Seiten  
18,00,-

Oikos Verlag

Die Kehre



Die Kehre ist eine Zeitschrift, die die Ökologie aus ganzheitlicher Perspektive betrachtet. Das Periodikum leistet einen Beitrag dazu, der aktuell stattfindenden Verengung der Ökologie auf den »Klimaschutz« Einhalt zu gebieten und den Blick dafür zu weiten, worin ihre ursprüngliche Bedeutung liegt: daß sie eine Lehre von der gesamten Umwelt ist, die sowohl Kulturlandschaften, Riten und Brauchtum also auch Haus und Hof (Oikos) als ihren Namensgeber einschließt.

So der Oikos Verlag über seine Zeitschrift.

**Oikos Verlag**, 2025  
13,00,-

## NETZVORSCHLAG:

Verlag Antaios

Kanal Schnellroda

- Podcast und Videos

Die Redakteure und Autoren denken über ihre Themen aus rechter Sicht nach, tun dies auf hohem Niveau und haben mit ihrer Treffsicherheit und ihrem unverwechselbaren Ton aus ihrer Zeitschrift eine maßgebliche Stimme gemacht.

In ihrem verlageseigenen Podcast und Videoformat auf youtube bietet der Verlag Antaios ein Programm rund um rechte Grundlagen, Kultur, und Literatur aus der Szene. Mit ihren Sendungen werden den Zuhörern anspruchsvolle Themen geboten.

<https://www.youtube.com/@KanalSchnellroda3/playlists>

